

## Einladung

Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich  
Sitzungstermin: Dienstag, 09.10.2007, 16:00 Uhr  
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 25.09.2007

### 1. An die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.07.2007
- TOP 4 Tätigkeitsbericht der Gemeindejugendpflege 2007  
Vorlage: 2007/212
- TOP 5 Bezuschussung von Krippenplätzen (Geschwisterermäßigung)  
Vorlage: 2007/214
- TOP 6 Einrichtung einer Kleingruppe im Kindergarten Am Voßbarg  
Vorlage: 2007/217
- TOP 7 Familien- und Kinderservicebüro; Antrag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 2007/215
- TOP 8 Haushalt 2008 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan  
Vorlage: 2007/192
- TOP 9 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Decker  
Bürgermeister

## Mitteilungsvorlage

**Vorlage-Nr.: 2007/212**

freigegeben am 21.09.2007

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

**Datum: 21.09.2007**

### **Tätigkeitsbericht der Gemeindejugendpflege 2007**

**Beratungsfolge:**Status

Ö

Datum

09.10.2007

Gremium

Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Der Tätigkeitsbericht der Jugendpflege wird zur Kenntnis genommen.

**Sach- und Rechtslage:**

Im Jahr 2004 haben die politischen Gremien der Gemeinde Rastede die Neukonzeption der Jugendpflege beschlossen.

Die im Konzept verankerten Akzente wurden und werden auch im Jahr 2007 durch die Mitarbeiterinnen der Gemeindejugendpflege umgesetzt.

Aus Sicht der Verwaltung entspricht die Zielsetzung der Neukonzeption nach wie vor den aktuellen Anforderungen an eine moderne Jugendarbeit und wird sehr gut von den angesprochenen Zielgruppen angenommen.

Als Reaktion auf die veränderten, insbesondere verlängerten Schulzeiten, die durch die Einführung der Ganztagschule an der Kooperativen Gesamtschule Rastede entstanden sind, hat die Gemeindejugendpflege ihre Öffnungszeiten der neuen Situation angepasst.

Durch die Teilnahme an der Veranstaltung „Rastede on the Beach“ und der aktiven Mitarbeit im Präventionsrat der Gemeinde Rastede wurde zudem die Eigenwerbung verstärkt, um möglichst viele Jugendliche an das vielfältige Angebot der Jugendpflege heranzuführen.

Erneut können dem als Anlage beigefügten Bericht die umfassenden Aktivitäten des vergangenen Jahres entnommen werden.

Auch in diesem Jahr erfreute sich die Ferienaktion einer großen Beliebtheit. Unter Beteiligung von insgesamt 56 Vereinen und Gruppen konnten 60 verschiedene Projekte angeboten werden, die von 2223 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Anspruch genommen wurden.

Im Rahmen der Sitzung stehen die Mitarbeiterinnen der Jugendpflege selbstverständlich zur Verfügung, um gegebenenfalls Detailfragen zu der geleisteten Arbeit des vergangenen Jahres zu beantworten.

**Finanzielle Auswirkungen:**

ohne

**Anlagen:**

1. Bericht der Gemeindejugendpflege

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2007/214**

freigegeben am 24.09.2007

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 24.09.2007****Bezuschussung von Krippenplätzen (Geschwisterermäßigung)****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.10.2007	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	16.10.2007	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Für die in der Gemeinde Rastede wohnhaften und in einer Kinderkrippe der Vereine „BAGIRA Tagesmütter Rastede e.V.“ oder „Wiefelsteder Kindertreff e.V.“ betreuten Kinder werden auf Antrag Betreuungsentgelte von der Gemeinde Rastede übernommen, wenn gleichzeitig mehrere Kinder aus einer Familie eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten besuchen. Die Übernahme erfolgt in Höhe von 50 % beim 1. Geschwisterkind und in Höhe von 100 % für jedes weitere Geschwisterkind.

Dem Verein „Wiefelsteder Kindertreff e.V.“ wird ein Zuschuss in Höhe von 3.300 € jährlich pro Krippenplatz gewährt, der ganztags mit einem in der Gemeinde Rastede wohnhaften Kind besetzt ist.

**Sach- und Rechtslage:**

Gemäß Beschlüssen des Verwaltungsausschusses vom 30.01.2007 (Vorlage Nr. 2006/227) und vom 11.07.2006 (Vorlage Nr. 2006/108A) wird den Vereinen „BAGIRA Tagesmütter Rastede e.V.“ und „Wiefelsteder Kindertreff e.V.“ ein Zuschuss in Höhe von 2.100 € jährlich pro Krippenplatz gewährt, der mit einem in der Gemeinde Rastede wohnhaften Kind besetzt ist, dem Verein „Wiefelsteder Kindertreff e.V.“ jedoch höchstens für 11 Kinder.

Laut der vom Rat beschlossenen Entgeltrichtlinie für die Kindertagesstätten ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50 % und für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten, wenn aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder einen Kindergarten besuchen.

Die Gemeinde Wiefelstede hat eine gleich lautende Geschwisterregelung und wendet diese auch entsprechend für die Krippenkinder an. Außerdem gewährt die Gemeinde Wiefelstede bei ganztägiger Krippenbetreuung ebenfalls einen entsprechend erhöhten Zuschuss.

Im Zuge der Gleichbehandlung der Krippen- und Kindergartenkinder hinsichtlich der Geschwisterermäßigung und Förderung der Ganztagsbetreuung wird eine entsprechende Anpassung der Zuschussbeträge empfohlen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Zurzeit würden von der vorgeschlagenen Regelung insgesamt vier Geschwisterkinder (je zwei in der Rasteder bzw. Wiefelsteder Krippe) mit jeweils monatlich 120 € sowie ein ganztags betreutes Kind mit monatlich zusätzlich 100 € erfasst. Haushaltsmittel stehen in ausreichender Höhe im Anteilsbudget Förderung von Kindertagesstätten zur Verfügung.

**Anlagen:**

Keine

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2007/217**

freigegeben am 24.09.2007

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 24.09.2007****Einrichtung einer Kleingruppe im Kindergarten Am Voßbarg****Beratungsfolge:****Status****Datum****Gremium**

Ö

09.10.2007

Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

N

16.10.2007

Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah und befristet bis zum 31.07.2008 eine Kleingruppe am Nachmittag im Kindergarten Am Voßbarg einzurichten. Die erforderlichen Mittel sind überplanmäßig bereitzustellen.

**Sach- und Rechtslage:**

Eine Ganztagsbetreuung wird zur Zeit regelmäßig nur im Kindergarten Mühlenstraße und für eine kleine Anzahl von Kindern auch im Kindergarten Hahn-Lehmden angeboten. In den vergangenen Jahren schwankte die Zahl der ganztags im Kindergarten Mühlenstraße zu betreuenden Kinder stets zwischen 10 bis 12 Kindern. Im jetzt laufenden Kindergartenjahr 2007/2008 sind inzwischen bereits 24 Kinder in die Ganztagsbetreuung im Kindergarten Mühlenstraße aufgenommen worden. Daneben besteht in allen Kindergärten eine verstärkte Nachfrage nach den Sonderöffnungszeiten Früh- und Spätdienst (7.30 bis 8.00 Uhr bzw. 12.00 bis 13.00 Uhr).

Für die kommenden Monate liegen dem Kindergarten Mühlenstraße weitere Anmeldungen von drei Kindern für die Ganztagsbetreuung sowie für mehrere Kinder für eine Regelbetreuung am Nachmittag vor. Aufgrund fehlender Plätze kann dieser Nachfrage zur Zeit nicht entsprochen werden.

Im Kindergarten Am Voßbarg wird von montags bis mittwochs eine Schnuppergruppe am Nachmittag betrieben. Für den Vormittag sind noch einige freie Plätze vorhanden.

Um den Anmeldungen für die Ganztags- und die Nachmittagsbetreuung entsprechen zu können, käme die zusätzliche Einrichtung einer Kleingruppe mit bis zu zehn Kindern am Nachmittag im Kindergarten Am Voßbarg in Betracht. Voraussetzung hierfür wäre die Neueinstellung einer Gruppenleiterin mit 24 Wochenstunden sowie die Aufstockung der Arbeitsverträge von zwei bereits beschäftigten Mitarbeiterinnen um der Sicherstellung der Aufsichtspflicht auch am Donnerstag und Freitag entsprechen zu können.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Für das Jahr 2007 ist von zusätzlichen Personalkosten in Höhe von ca. 9.200 € auszugehen. Dem stehen voraussichtliche Einnahmen in Höhe 3.100 € gegenüber.

**Anlagen:**

Keine.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2007/215**

freigegeben am 24.09.2007

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 24.09.2007**

### **Familien- und Kinderservicebüro; Antrag der SPD-Fraktion**

**Beratungsfolge:**StatusDatumGremium

Ö

09.10.2007

Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

N

16.10.2007

Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Ohne.

**Sach- und Rechtslage:**

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 12.09.2007 den als Anlage 1 beigefügten Antrag gestellt.

Hierzu ist folgendes anzumerken: Im Rahmen des Landesprogramms „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ hat der Landkreis Ammerland zur Schaffung familienfreundlicher Strukturen die im anliegenden Konzept (Anlage 2) dargestellten Maßnahmen vorgesehen und entsprechende Fördermittel beim Land beantragt. Gefördert werden vom Land Maßnahmen zur Verbesserung des quantitativen und qualitativen Angebots im Bereich der Kindertagespflege insbesondere für unter Dreijährige. Der vorzeitige Vorhabenbeginn wurde zwischenzeitlich vom Land genehmigt, die endgültige Bewilligung steht jedoch noch aus.

Das Konzept sieht unter anderem die Einrichtung eines Familien- und Kinderservicebüros beim Landkreis mit Außenstellen in allen sechs Gemeinden vor.

Aufgaben der Familienservicebüros bei den **Gemeinden** sollen sein:

- Bestandsaufnahme der vorhandenen Angebote
- Vernetzung der Betreuungsangebote vor Ort
- Beratung der Eltern
- Vermittlung von passgenauen Kinderbetreuungen
- Ermittlung der Betreuungsbedarfe



Aufgaben des Familienservicebüros beim **Landkreis** sollen sein:

- Betreuung des Projektes „Familien mit Zukunft“ (Antragstellung, Mittelverwaltung, Evaluation usw.)
- Zusammenführung der von den Gemeinden gelieferten Daten (Statistik)
- Erteilung von Pflegeerlaubnissen für Tagespflegepersonen
- Förderung der Qualifikation und Fortbildung von Tagespflegepersonen
- Vermittlung von Tagespflegepersonen und Zahlung des Tagespflegeentgeltes
- Bezuschussung der örtlichen Tageselternvereine (500 €im Jahr)

**Gemeinsame Aufgaben** sollen sein:

- Auswertung der Statistiken
- Weiterentwicklung des Projektes „Familien mit Zukunft“
- Konzeption neuer Betreuungsmodelle

Laut Förderrichtlinie des Landes sind bis zu 50 % der Personalkosten zuzüglich 50 % der Sachkosten des Familienbüros erstattungsfähig. Die restlichen 50 % sind von der Gemeinde selbst aufzubringen. Die Verteilung innerhalb des Landkreises erfolgt nach dem Verhältnis der in den Gemeinden wohnenden Kinder und Jugendlichen, wobei auf die Gemeinde Rastede ein Anteil von 10 Wochenstunden entfällt.

Die Umsetzung des SPD-Antrages ist aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Befugnisse problematisch: Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt und bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an Weisungen nicht gebunden (§ 5 a Abs. 5 NGO). Sie kann Vorhaben und Maßnahmen anregen und vorschlagen. Die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten wäre eine freiwillige Entscheidung (§ 5 a Abs. 1 NGO) der Gemeinde Rastede.

Der gesamte Aufgabenbereich des Familien- und Kinderservicebüros wurde bereits vor der Einrichtung desselben in allen wesentlichen Punkten im Fachbereich Arbeit und Soziales weisungsgebunden bearbeitet. Der Fachbereich nimmt bereits seit Jahren die Aufgaben der Trägerschaft, die Entgelterhebung und haushaltsmäßige Abwicklung der fünf kommunalen Kindergärten sowie deren Vertretung gegenüber den Eltern und Gremien wahr. Alle fünf kommunalen Kindergärten sind dem Fachbereich weisungsgebunden zugeordnet.

In den beiden Diakonischen Werken nimmt der Fachbereich die Vertretung im Vorstand und in der Mitgliederversammlung wahr. Ebenfalls erfolgt über den Fachbereich die haushaltsmäßige Abwicklung mit den beiden Diakonischen Werken, den beiden Spielkreisen, den beiden Kinderkrippen sowie den Tagesmüttervereinen.

Erforderliche Beschlüsse der Ratsgremien hierzu werden vorbereitet und ausgeführt. Hierbei waren und sind vor allem das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), das Niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder, das Gesetz zur Einführung der Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr sowie die jeweiligen vertraglichen Regelungen mit den verschiedenen Trägern und die Beschlüsse der Ratsgremien zu beachten.

Im Rahmen seiner Organisationshoheit innerhalb der Verwaltung wurden daher vom Bürgermeister die Aufgaben des Familien- und Kinderservicebüros dem Fachbereich Arbeit und Soziales übertragen. Hier werden unter anderem auch die Anträge auf Elterngeld und Wohngeld herausgegeben und entgegengenommen. In der Folge ist bereits hierdurch ein steter Kontakt zu den Eltern aus allen Bevölkerungsschichten gewährleistet. Zudem ist eine Erreichbarkeit des Familien- und Kinderservicebüros während der gesamten Öffnungszeiten des Rathauses gewährleistet.

Neue Betreuungsmodelle wie die Schulkindbetreuung durch Tagespflegepersonen im Kindergarten Am Voßbarg werden bereits jetzt durch den Fachbereich unterstützt und mit umgesetzt.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich und der Gleichstellungsbeauftragten in allen Fragen des Familien- und Kinderservicebüros ist jederzeit auch ohne eine geänderte organisatorische Zuordnung möglich und wird bedarfsbezogen auch bereits praktiziert. Bei einer Zuordnung des Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiches für das Familien- und Kinderservicebüro bei der Gleichstellungsbeauftragten würden für denselben Aufgabenkreis zwei Zuständigkeiten innerhalb des Rathauses geschaffen werden bzw. mindestens die Zuständigkeiten für den Bürger nicht mehr sofort erkennbar auf zwei verschiedene Stellen aufgeteilt (z. B. Tagespflege bei der Gleichstellungsbeauftragten und Krippenbetreuung im Fachbereich).

Die im Antrag bzw. im Konzept angeführte Zusammenarbeit mit den für Eltern mit Migrationshintergrund vertrauten Beratungsstellen mit Alleinerziehenden, sozial schwachen Familien und mit Familien, in denen das Kind bzw. die Kinder über einen besonderen Förderbedarf verfügen, ist bereits jetzt im Fachbereich gegeben, da mit einer Vielzahl der betroffenen Personen infolge Leistungsgewährung oder anderer Umstände bereits ein Kontakt vorhanden ist.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Laut Förderrichtlinie des Landes sind bis zu 50 % der Personalkosten zuzüglich 50 % der Sachkosten des Familien- und Kinderservicebüros erstattungsfähig. Die restlichen 50 % sind von der Gemeinde selbst aufzubringen.

### **Anlagen:**

1. Antrag der SPD-Fraktion
2. Konzept des Landkreises Ammerland „Familien mit Zukunft“

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2007/192**

freigegeben am

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Herr Dudek, Frank

**Datum: 30.08.2007****Haushalt 2008 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	25.09.2007	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	01.10.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	08.10.2007	Schulausschuss
Ö	09.10.2007	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	15.10.2007	Feuerschutzausschuss
Ö	15.10.2007	Kultur- und Sportausschuss
Ö	27.11.2007	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	04.12.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	11.12.2007	Rat

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2008 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

**Sach- und Rechtslage:****Vorbemerkungen:**

Für den Haushalt 2008 gibt es folgende Kernaussagen:

- Der Haushalt ist im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.
- Die allgemeine konjunkturelle Belebung erleichtert den Haushaltsausgleich
- Der Haushaltsausgleich ergibt sich unter Berücksichtigung folgender Ziele :
  - Der Haushaltsausgleich muss erreicht werden.
  - Ausgaben werden nur dann veranschlagt, wenn sie erforderlich sind. Wünsche werden grundsätzlich nicht erfüllt.
  - Eine Anhebung von Steuersätzen kommt nicht in Betracht.
  - Die Gebührensätze sind weiterhin grundsätzlich kostendeckend.
  - Es werden keine Kreditmarktmittel in Anspruch genommen.
  - Investitionen werden nur getätigt, wenn unbedingt erforderlich sind.
  - Haushaltsreste werden in 2007 nur im erforderlichen Umfang gebildet, das heißt, der Haushaltsplan 2007 ist so umfangreich wie möglich zu erfüllen und Maßnahmen des Jahres 2008 werden nicht nach 2007 vorgezogen.

Im vorliegenden Entwurf wurden die inneren Verrechnungen bisher nicht berücksichtigt, da Korrekturen einzelner Haushaltsansätze in den jeweiligen Anteilbudgets das Ergebnis der Verrechnungen noch verändern würden. Nach den Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen werden die beschlossenen Änderungen und die inneren Verrechnungen in den Haushaltsplan und in die Haushaltssatzung 2008 eingearbeitet.

Über den Wirtschaftsplan des Bauhofes als optimierter Regiebetrieb wird eine gesonderte Beschlussvorlage erstellt. Der Wirtschaftsplan fließt mit seinem Ergebnis in die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede ein. Insoweit wird der Text der Haushaltssatzung noch ergänzt werden.

## **Ergebnis der Haushaltsplanung**

Gemessen an Vorjahren ist die Finanzausstattung des Verwaltungshaushaltes zufriedenstellend, denn sie entspricht weitgehend der Finanzlage für 2007. Dies ist allerdings eher das Ergebnis von Ausgabenzurückhaltung und der konjunkturellen Situation als die Folge einer für die Kommunen verbesserten staatlichen finanziellen Unterstützung.

Die zu erwartenden sehr hohen Steuereinnahmen in der Zeit vom 01.10.06 bis 30.09.07 führen zu einem kräftigen Anstieg der gemeindlichen Steuerkraft, was, systembedingt, 2008 zu einem erheblichen Einbruch bei den Finanzaufwendungen führt. Weil aber die für 2008 zu erwartenden Steuereinnahmen trotz Berücksichtigung der Unternehmensteuerreform erfreulich hoch sind, entspricht die finanzielle Ausstattung des Verwaltungshaushaltes weitgehend der des Haushaltsjahres 2007. Damit liegt ein Entwurf des Verwaltungshaushaltes vor, der eine Nettoinvestitionsrate von 31.400 Euro ausweist und den Zahlungsanforderungen für den gesamten „Aufwand“ gerecht wird.

Der Vermögenshaushalt dagegen profitiert überwiegend von der Rücklage. 2007 war vorgesehen, eine Rücklagenentnahme in Höhe von 3.862.400 Euro zu tätigen. Diese Entnahme wird nicht erforderlich sein. Zusammen mit einer weiteren (Rest-)Entnahme in Höhe von 1,1 Mio. Euro ist damit der Hauptfinanzierungsanteil für den Vermögenshaushalt gegeben. Die Restfinanzierung läuft über Verkaufserlöse, Beitragseinnahmen und investive Zuschüsse. Um, abgesehen von den Darlehen der Kreisschulbaukasse, keine weiteren Darlehen aufnehmen zu müssen, musste sich die in dem Haushaltsplanentwurf 2008 vorgeschlagene Investitionstätigkeit an dieser Deckungssituation ausrichten. Wie oben bereits ausgeführt, war es Ziel bei der Haushaltsplanaufstellung, keine Kreditmarktmittel aufzunehmen. Aus dieser Situation heraus war es deshalb auch notwendig, bereits für 2008 ins Auge gefasste Investitionen wie die Turnhalle Feldbreite und Erneuerungsarbeiten im Hallenbad in das Investitionsprogramm für die Folgejahre aufzunehmen.

Nachfolgend werden einige grundlegende Anmerkungen zum Haushalt 2008 gemacht, die in der Finanzausschusssitzung weiter auszuführen sind.

## **Verwaltungshaushalt**

### Unternehmensteuerreform:

Die Unternehmensteuerreform wird nach den Steuerschätzungen ihre Wirkung ab 2008 entfalten. Was die Kommunen betrifft, werden für 2008 folgende Auswirkungen erwartet:

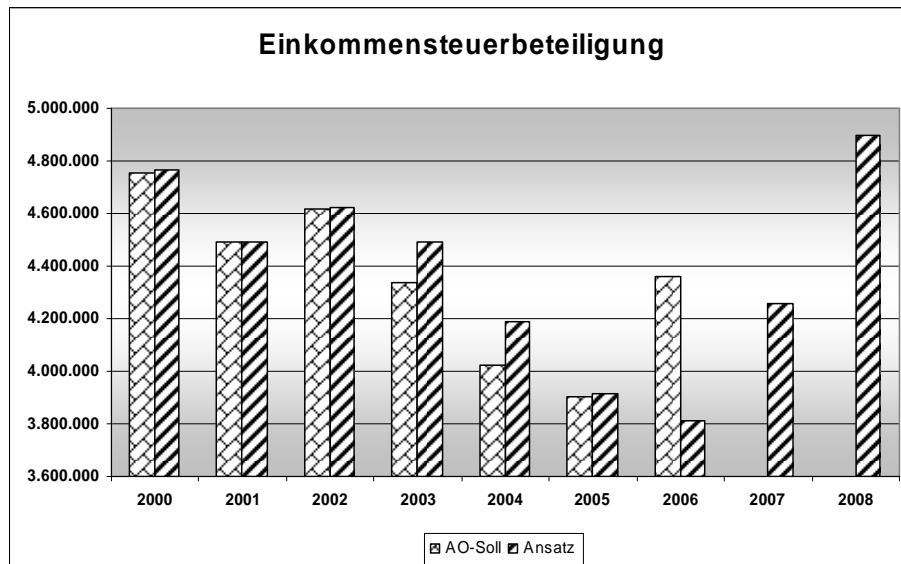
Gewerbsteuer: - 6,00 %

Einkommensteuer: + 3,68 %

Die negative Auswirkung bei der Gewerbsteuer wurde bei der Veranschlagung berücksichtigt.

### Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer:

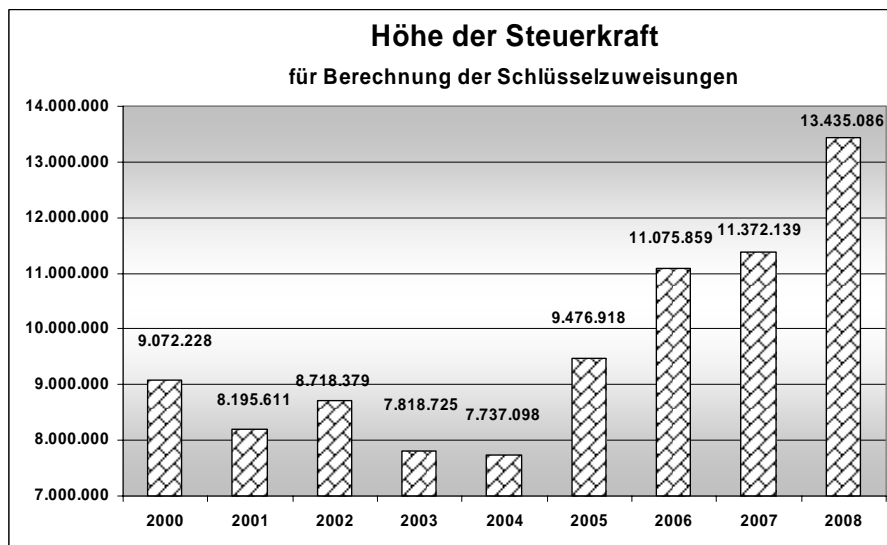
Veranschlagungsgrundlage war allein die Steuerschätzung vom Mai 2007, wobei das regionalisierte Steuerschätzungsergebnis als Rahmen gesehen und der Ansatz unterhalb dieses Rahmens angesiedelt wurde. Trotzdem liegt der Ansatz von 4.900.000 Euro mit rd. 600.000 Euro deutlich über dem Ansatz von 2007.



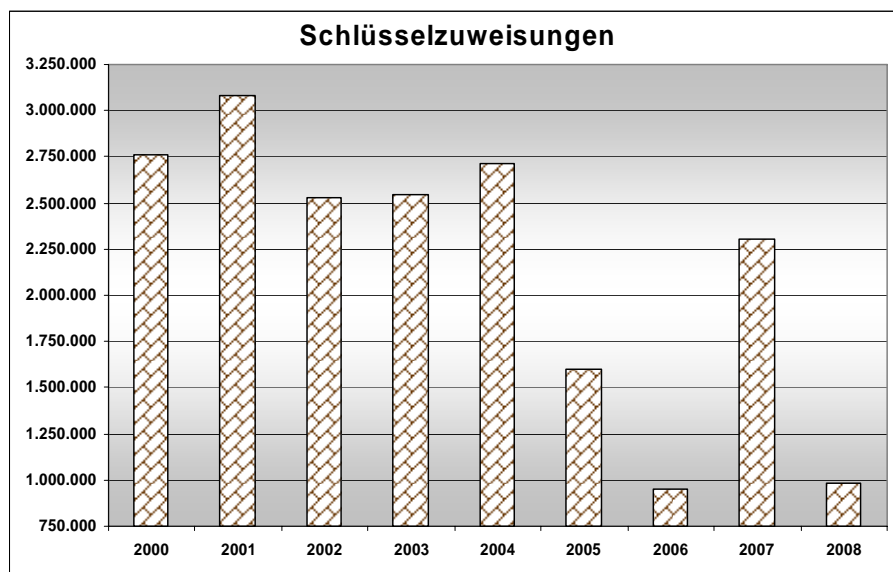
Die Umsatzsteuer ist nach den regionalisierten Daten der Steuerschätzung Mai 2007 veranschlagt worden.

### Schlüsselzuweisungen:

Gravierend ist die Veränderung der Steuerkraft. Die Berechnung beruht teilweise auf feststehenden Zahlen und zum Teil auf eine Einschätzung der tatsächlichen Einnahmen im Zeitpunkt des 01.10.07. Es ist eine deutlich gestiegene Steuerkraft zu berechnen, weil in dem maßgeblichen Zeitraum vom 01.10.06 bis 30.09.07 sehr hohe Steuereinnahmen (Grundsteuern, Gewerbesteuer, Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer) zu verzeichnen sind.

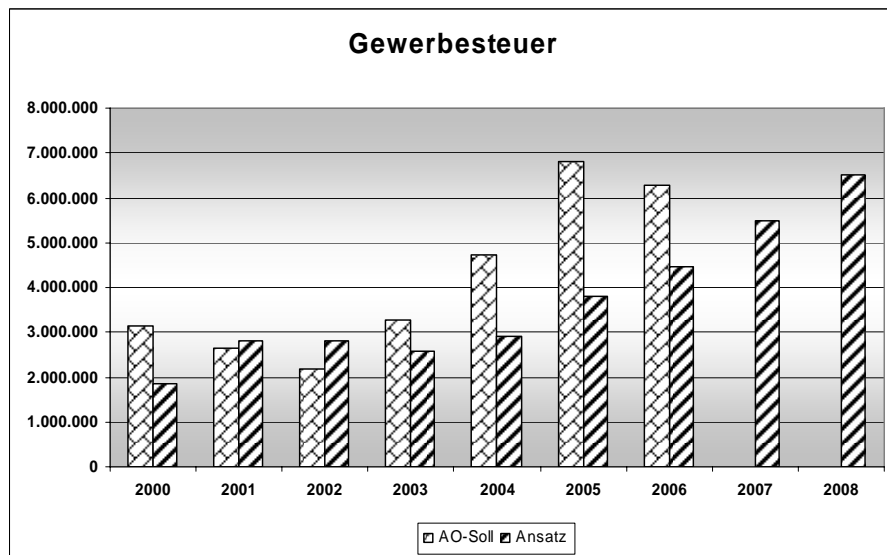


Die hohe Steuerkraft führt für 2008 zu einem deutlichen Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen:



#### Gewerbesteuer:

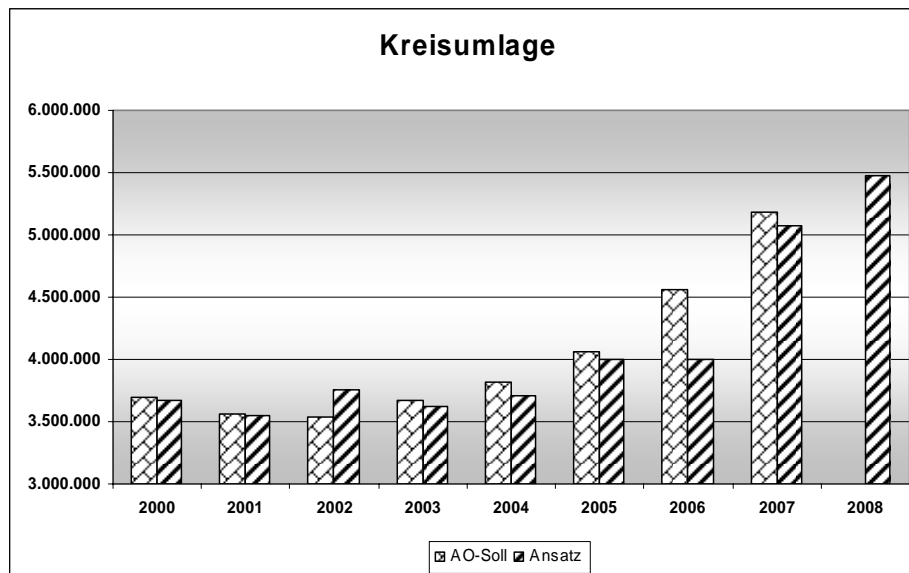
Die Entwicklung der Gewerbesteuer überrascht. Die Einnahmeerwartung für dieses Jahr liegt im Zeitpunkt der Verfassung dieser Vorlage bei rd. 8 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Unternehmensteuerreform und unter Berücksichtigung der Einschätzung der örtlichen Situation, der gegenwärtigen Aussagen zur Konjunktur- und Nachfrageentwicklung wird eine Veranschlagung von 6.500.000 Euro für angemessen gehalten.



#### Umlagen:

##### Kreisumlage:

Seit 2006 beträgt der Umlagesatz für die Kreisumlage 37 %. Unter Berücksichtigung des Umlagesatzes, der gemeindlichen Steuerkraftzahl für Umlagen und den Schlüsselzuweisungen für 2008 errechnet sich eine Kreisumlage von 5.470.300 Euro.



### Gewerbesteuerumlage:

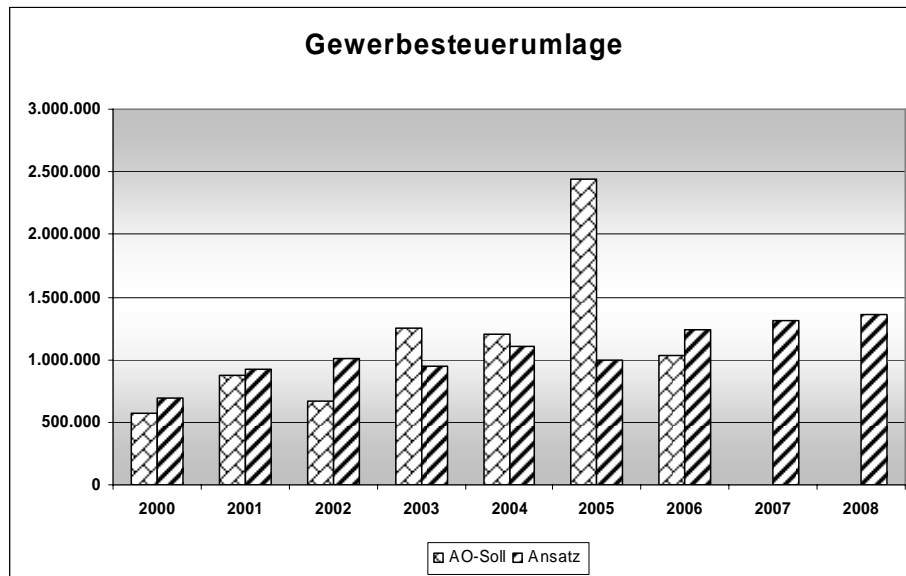
Die Gewerbesteuerumlage war zu keiner Zeit eine berechenbare Größe. Gründe für Veränderungen waren folgende:

- Erhöhung durch Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer,
- Erhöhung durch das Steuersenkungsgesetz
- Absenkung infolge des Gewerbebesteueränderungsgesetzes
- Erhöhung wegen des Fonds „Deutsche Einheit“
- Erhöhung wegen des einigungsbedingten Solidarpakts.

Aus den v.g. Gründen ergibt sich summiert folgender Verlauf des Umlagesatzes:

Jahr	Umlagesatz (%)
1993	39
1994	56
1995	79
1996	78
1997	78
1998	84
1999	83
2000	83
2001	91
2002	102
2003	114
2004	82
2005	81
2006	74
2007	73
2008	65
2009	67
2010	69
2011	69

Die Gewerbesteuerumlage wird auf der Grundlage des Gewerbebesteuerhaushaltsansatzes errechnet. Unter Herausrechnung des eigenen Gewerbebesteuerhebesatzes und anschließender Anwendung des in der vorstehenden Tabelle genannten Umlagesatzes errechnet sich für 2008 eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von 1.363.000 Euro.



### Allgemeine Deckungsmittel in der Gesamtheit:

<b>Verwaltungshaushalt</b>				<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>Veränderung</b>
<b>Einnahmen</b>				Ansatz €	Ansatz €	€
9000	000000	Grundsteuer A		140.000	140.000	0
9000	001000	Grundsteuer B		2.025.000	2.100.000	75.000
9000	003000	Gewerbesteuer		5.500.000	6.500.000	1.000.000
9000	010000	Einkommensteuerbet.		4.262.700	4.900.000	637.300
9000	012000	Umsatzsteuerbet.		359.600	400.000	40.400
9000	021000	Vergnügungssteuer		16.500	14.000	-2.500
9000	022000	Hundesteuer		52.000	52.000	0
9000	041000	Schlüsselzuweisungen		2.029.100	982.700	-1.046.400
9000	061000	Zusch. übertr. WK		326.000	326.000	0
<b>Summe</b>				<b>14.710.900</b>	<b>15.414.700</b>	<b>703.800</b>

<b>Ausgaben</b>						
9000	810000	Gewerbesteuerumlage		1.313.000	1.363.000	242.100
9000	832000	Kreisumlage		5.076.400	5.470.300	393.900
<b>Summe</b>				<b>6.389.400</b>	<b>6.833.300</b>	<b>636.000</b>

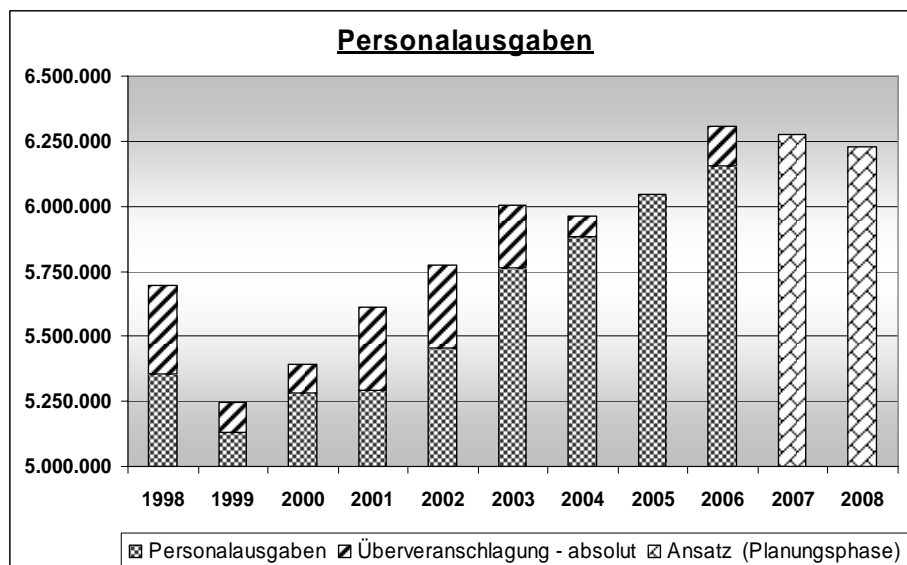
<b>Saldo</b>				<b>8.321.500</b>	<b>8.581.400</b>	<b>67.800</b>
--------------	--	--	--	------------------	------------------	---------------

### Personalkosten:

2008 sind gravierende personalstrukturelle Entscheidungen nicht erforderlich. Die Veranschlagungen berücksichtigen deshalb lediglich rechtsnotwendige Anpassungen. Veranschlagungsmäßig gehen die Personalkosten zurück, weil sich das neue Tarifrecht auswirkt und kein Sanierungsgeld mehr an die VBL gezahlt werden muss. Eine Tarifierhöhung für 2008 wird nicht gesehen und wurde deshalb auch nicht veranschlagt.

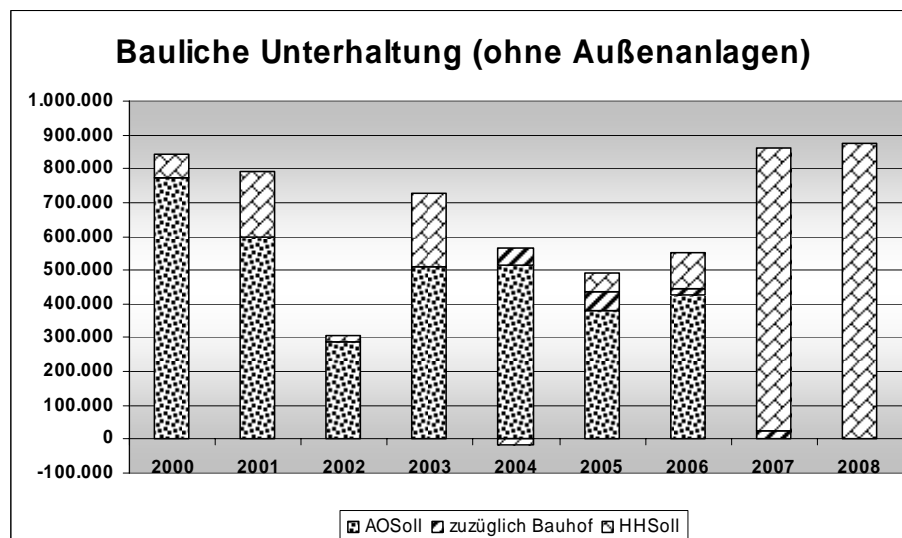
Die Wirkung des neuen Tarifrechts zeigt sich dergestalt, dass bei Neueinstellungen die Einstiegsentgelte geringer als früher sind als nach alten Tarifrecht und sich Reduzierungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld ergeben.



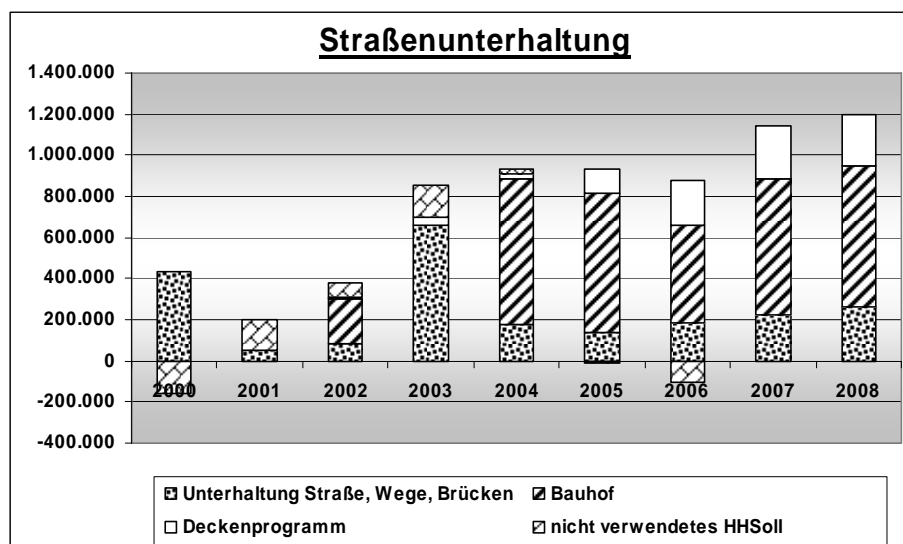


### Bauliche Unterhaltung:

Die Maßnahmen der baulichen Unterhaltung konnten bedarfsgerecht veranschlagt werden. Im Interesse der Bausubstanzerhaltung ist das erfreulich. Bei der Betrachtung der einzelnen Haushaltsjahre in der nachstehenden Grafik ist für die Jahre 2007 und 2008 zu bemerken, dass verstärkt darauf geachtet wurde, Maßnahmen, die eher Unterhaltung als Wertverbesserung darstellen, nicht mehr im Vermögenshaushalt zu veranschlagen. Die gegenwärtige finanzielle Ausstattung des Verwaltungshaushaltes erlaubt eine entsprechende Handhabung. Nähere Erläuterungen erfolgen in den Fachausschusssitzungen.

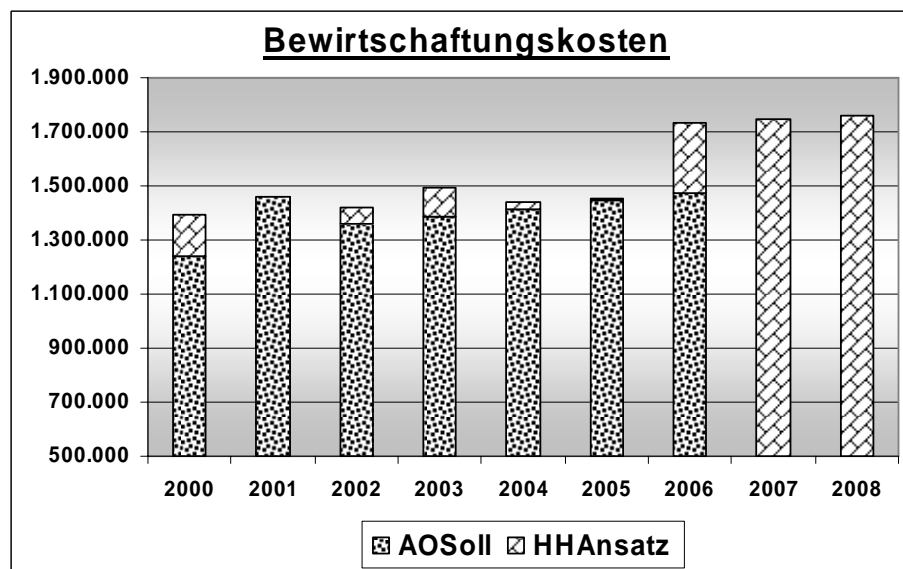


Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erlauben eine kontinuierliche Erhöhung der Unterhaltungsmittel im Bereich Straßenunterhaltung. In Anbetracht der Länge der zu unterhaltenen Gemeindestraßen sind die bereitgestellten Mittel auch notwendig. Die Unterhaltung von Straßen steht konzeptionell im Zusammenhang mit der Planung und Festlegung von Straßenausbaumaßnahmen, sodass die Unterhaltungsmittel überwiegend keinen zufälligen oder noch unbekannten Bedarf des Haushaltsjahres 2008 abdecken. Auf die bisherigen Beratungen im Ausschuss für Bau, Planung, Umweltschutz und Straßen wird hingewiesen. 250.000 Euro für das Deckenprogramm sind ebenfalls wieder veranschlagt worden. Nähere Informationen werden in den Fachausschusssitzungen mitgeteilt.



### Bewirtschaftungskosten:

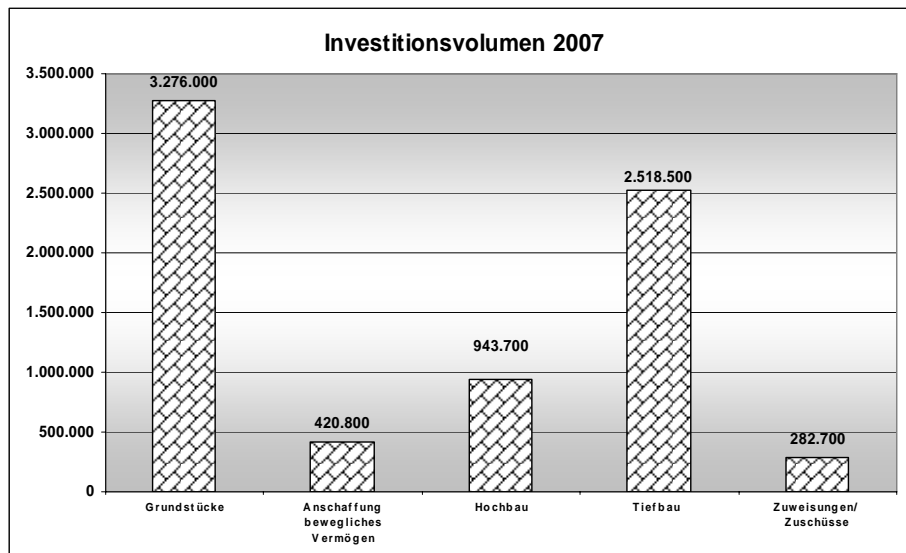
Die Bewirtschaftungskosten setzen sich aus einer ganzen Reihe von Kostenarten zusammen (Strom, Gas, Wasser, Reinigung, Abgaben, Versicherungen usw.). Die Veranschlagung ist überwiegend keine Frage von Wünschen oder speziellen Notwendigkeiten, sondern ein Ergebnis der Auswertung und Hochrechnung von Abrechnungen der Versorgungsunternehmen. Die 2007 neu ausgeschriebene Gebäudereinigung ist teurer geworden, was bei der Veranschlagung berücksichtigt wurde.



### **Vermögenshaushalt**

Die nachfolgende Grafik zeigt die Ausgabenschwerpunkte des Haushaltsjahres 2008. Den Löwenanteil nimmt der Bereich Grunderwerb in Anspruch. Gerade diese Ausgabenart lässt sich kaum planen. Das Angebot an die Gemeinde, Grundstücke zu kaufen oder bereits vorhandene vertragliche Bindungen diktieren hier die Veranschlagung.

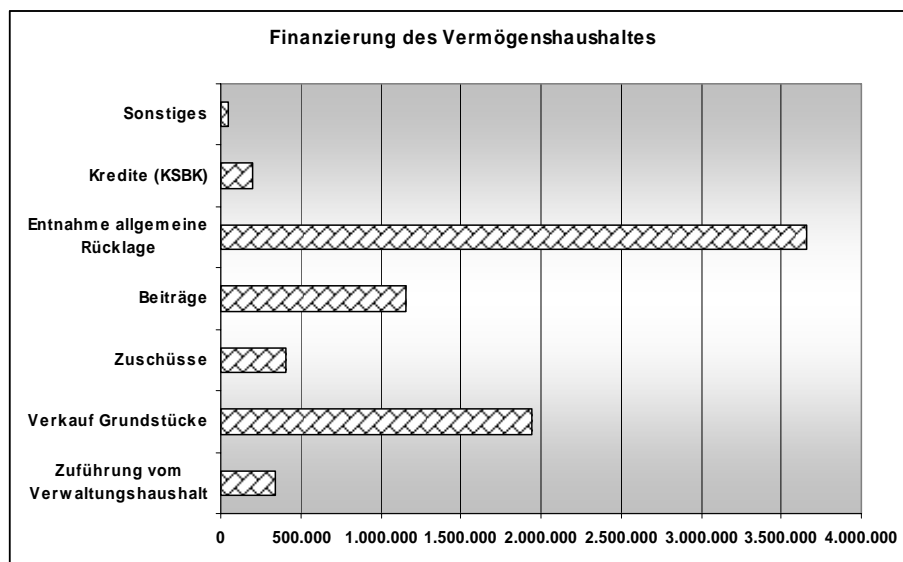
Über die Investitionen wird in den Fachausschüssen zu beraten sein, soweit nicht bereits eine Beschlusslage vorliegt. Wie unten unter Kreditaufnahme ausgeführt, war es im Hinblick auf eine kreditfreie Finanzierung nicht möglich alle bereits politisch behandelten Objekte haushaltstechnisch für 2008 zu veranschlagen.



Die Finanzierung der Investitionen wird überwiegend über die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage realisiert. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die für 2007 vorgesehene Rücklagenentnahme in Höhe von 3,8 Mio. Euro nicht erforderlich ist; dieser Betrag steht zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes in 2008 zur Verfügung.

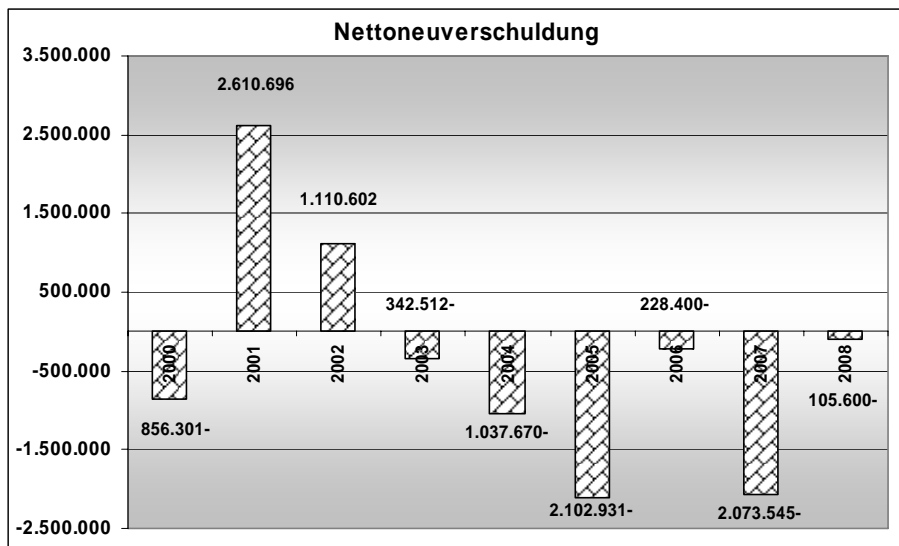
Die Beiträge korrespondieren mit dem Verkauf der Grundstücke und den zu erwartenden Abrechnungen von Straßenausbaumaßnahmen (u.a. Schloßstraße und August-Brötje-Straße, Logemanns Damm).

Hinsichtlich der zu verkaufenden Grundstücke ist die Einnahmeeinschätzung optimistisch eingefärbt. Erkennbar ist, dass die große Nachfrage nach Baugrundstücken nicht mehr vorhanden ist.

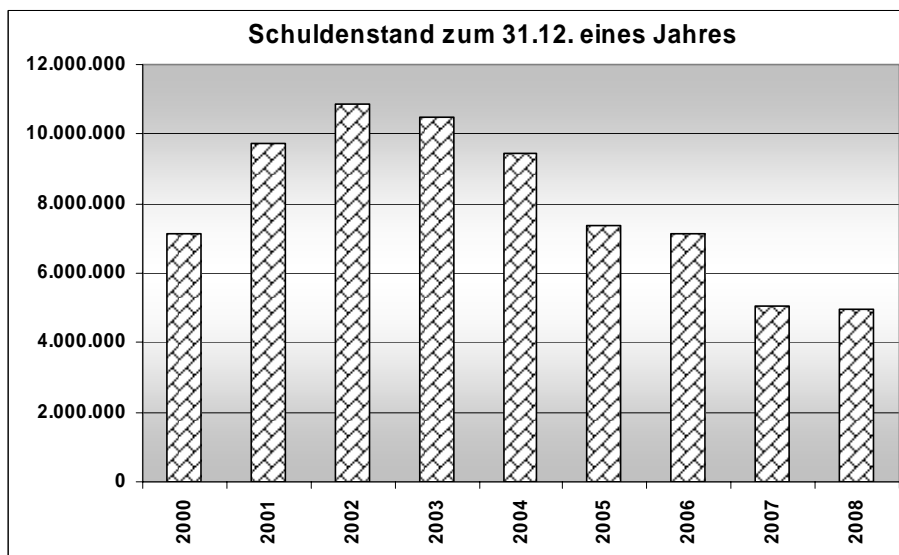


#### Kreditaufnahme:

Wenn die Kredite aus der Kreisschulbaukasse, die zinslos aufgenommen werden können, unberücksichtigt bleiben, dann ist im sechsten Jahr in Folge, also seit 2003, keine Kreditaufnahme mehr erforderlich geworden. Dies ist mehr als erfreulich. Die Nettoneuverschuldung liegt 2008 bei -105.600 Euro.



Die Entwicklung des Schuldenstandes ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.



#### Investitionsprogramm:

Die Gemeinde ruht sich auf Ihren Vermögenswerten nicht aus. Wenngleich die Zeit überwiegender Neuinvestitionen – abgesehen von der Baugebietsentwicklung – weitestgehend vorbei ist, zeigt sich jetzt zunehmend der Bedarf von Erneuerungen und Attraktivitätssteigerungen. Im Hinblick auf die letzte demografische Untersuchung für die Gemeinde Rastede wird zu prüfen und zu diskutieren sein, in welche Richtung die Investitionen zu weisen haben. Im Hinblick auf das neue Haushaltsrecht wird es zukünftig nicht nur um Substanzerhaltung gehen, sondern auch um die Frage der Erneuerung, um einen Vermögensverzehr nicht eintreten zu lassen.

Auch wenn zum Ende des Planungszeitraumes des Investitionsprogrammes die Investitionsdichte abnimmt, so achtet die Gemeinde trotzdem darauf, dass sich die Gemeinde weiter entwickelt. Die aktuellen und konkret vorgesehenen Investitionen machen das deutlich.

### Finanzplan:

Der Finanzplan kumuliert die Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2007 und die Folgejahre 2009 bis 2011. Der Finanzplan spiegelt somit die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre wider.

Auch für das Planungsjahr 2008 ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde den Konsolidierungsgedanken nicht zur Seite geschoben hat, das heißt, die Haushaltsplanung stand auch für 2008 wieder unter dem Gesichtspunkt, Einnahmen dort zu erhöhen, wo es möglich ist, insbesondere aber Ausgaben dort zu reduzieren, wo sie nicht dringend benötigt werden. Diesen Gedanken für die Finanzplanungsjahre fortgeschrieben, wird deutlich, dass im Verwaltungshaushalt aufgrund der allgemeinen Deckungsmittel eine gewisse Entspannung eingetreten ist.

### Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

### Anlagen:

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2008
2. Finanzplan
3. Investitionsprogramm
4. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.
5. Stellenplan
6. Erläuterungen zum Stellenplan
7. Entwurf des Haushaltsplanes 2008 (wird gesondert in Papierform zugestellt)
8. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen